

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Güterverkehrs- und Logistikbranche befindet sich seit Beginn der Corona-Pandemie in einer schweren Krise. Ging es zunächst darum, die Lieferketten und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, rücken nun andere Themen in den Blick der Öffentlichkeit: Genannt werden insbesondere die Einschränkungen der Kapazität durch Schäden an der Infrastruktur. Dies betrifft insbesondere die Straßen- (vgl. Autobahnbrücke auf der BAB 45 bei Lüdenscheid) und Schienen-Infrastruktur, die durch den zunehmenden Verkehr überlastet sind. Auch die Wasserstraßen sind durch das extreme Niedrigwasser in diesem Sommer betroffen. Hinzu kommen die gestiegenen Energiepreise, die alle Verkehrsträger betreffen und zu Preissteigerungen in allen Branchen geführt haben. Besonders betroffen sind Transportunternehmen, die in den vergangenen Jahren ihre Flotte auf die klimafreundlichere Alternative LNG umgestellt haben; die Branche spricht von einer Versechsbis Verachtfachung der Kosten. In der Folge ist ein wirtschaftlicher Einsatz von LNG-Lkw nicht mehr möglich und viele Unternehmen stehen vor der Insolvenz. Im Straßengüterverkehr führt zusätzlich die mangelnde Verfügbarkeit von AdBlue zu weiter steigenden Kosten für Diesel-Fahrzeuge.

Die Bundesregierung hat nach Auffassung der Antragsteller bisher viel zu wenig getan, um auf die beschriebenen externen Faktoren angemessen zu reagieren. Die Lieferketten sind weiterhin in Gefahr. Gezielte staatliche Hilfe für betroffene Unternehmen ist daher dringend notwendig. Gab es während der Corona-Krise noch staatliche Unterstützungsleistungen für betroffene Unternehmen, warten diese nun häufig vergeblich. Gab es einen verlässlichen Mittelaufwuchs und einen Investitionshochlauf, werden nun im ersten Haushaltsentwurf der Ampel-Koalition für den Verkehrssektor die Mittel gekürzt. Stattdessen plant die Bundesregierung inmitten der Wirtschaftskrise eine Erhöhung der LKW-Maut zwischen 3,8 % und 40,6 %.

Bisher hat es die Bundesregierung versäumt, die besonders betroffenen Unternehmen der Güterverkehrs- und Logistikbranche zu unterstützen und Förderprogramme zur Abfederung der Belastungen durch die gestiegenen Energiepreise aufzulegen. Zur Bewältigung des Fahrer- und Personalmangels kam außer einer vollkommen missglückten Anwerbeaktion von Mitarbeitenden für die Flughäfen noch nichts von der Bundesregierung. Zur Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben warten wir bisher vergeblich auf konkrete Vorschläge.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. einen „Runden Tisch Güterverkehr- und Logistik“ unter der Federführung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr einzusetzen, der Lösungsansätze für die derzeitige Krise der Güterverkehrs- und Logistikbranche erarbeitet und Empfehlungen für die Bundesregierung formuliert;
 2. die Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur verkehrsträgerübergreifend zu beschleunigen, und dabei die in der 19. Legislaturperiode beschlossenen Gesetze und begonnenen Maßnahmen umzusetzen und fortzuführen;
 3. den Bau von LKW-Parkplätzen und Autohöfen mit angemessener sanitärer Infrastruktur auszuweiten und die Genehmigungsverfahren für diese systemrelevante Infrastruktur zu verkürzen;
 4. an den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans 2030 wie durch den Deutschen Bundestag beschlossen festzuhalten;
 5. dem Fahrermangel insbesondere im Bereich des Straßengüterverkehrs konsequent zu begegnen und dazu den Beruf „LKW-/Berufskraftfahrer“ zum Engpassberuf zu erklären sowie die Erlangung des LKW-Führerscheins durch Reformierung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes zu erleichtern, das Fortbildungswesen zu vereinfachen und Führerscheinerwerb und Fortbildungen in Fremdsprachen zu ermöglichen sowie die Ausbildung europaweit zu harmonisieren bzw. zu vereinfachen;
 6. einen „Runden Tisch Fahrermangel“ unter der Federführung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr einzusetzen, der weitere konkrete Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes Berufskraftfahrer unterbreitet;
 7. dem AdBlue-Mangel abzuhelpfen und Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit zu treffen, um die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Straßengüterverkehrs zu gewährleisten;
 8. Transportunternehmen, die in der Vergangenheit auf LNG gesetzt haben und nun mit hohen Preisen zu kämpfen haben, mit einem Rettungsschirm zu unterstützen sowie die Preisbindung des LNG-Preises an den Dieselpreis zu prüfen, um den aktuellen Wettbewerbsnachteil der LNG-LKW auszugleichen und klimafreundlichere Transporte weiterhin zu ermöglichen;
 9. das Konzept der Nutzerfinanzierung auszubauen und die durch die LKW-Maut generierten Einnahmen im Finanzierungskreislauf Straße zu belassen, um damit konsequent den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur zu finanzieren;
 10. auf eine Erhöhung der Lkw-Maut in zwei Phasen ab Januar 2023 zu verzichten und stattdessen eine einmalige, umfassende und langfristig kalkulierbare Mautreform zum Ende des Jahres 2023 vorzubereiten;
 11. über die in der Digitalstrategie der Bundesregierung formulierten allgemeinen und unkonkreten Aussagen und Ankündigungen konkrete Vorschläge, Vorhabenplanungen und den entsprechenden Zeitplan für Digitalisierungsvorhaben im Bereich Güterverkehr und Logistik für die laufende Legislaturperiode zu unterbreiten.

Berlin, den 11. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion